

Verantwortlicher Redakteur: H. Rosner in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat September auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 21. August. Der belgische Staatsminister Baron Lambert hat des ihm seitens der Rabinette von Berlin und London anvertrauten Geheimrat Herrn von Mevius einen Brief über den Fall der Kammer-Verfassung in Belgien am vergangenen Sonntag den Vertretern des deutschen Reiches und Englands in Brüssel überreicht.

Die geschäftliche Lage der Destillationsbranche beschäftigte eine gestern Abend im „Dresdener Garten“ stattgehabte Versammlung des Vereins der Berliner Groß-Destillateure. In längerer Debatte wurde von allen Rednern übereinstimmend bemerkt: In Folge der Branntwein-Konsumsteuer sei das Destillationsgewerbe wesentlich zurückgegangen. Die über große Mehrheit der Branntwein-Konsumenten sei nicht in der Lage, einen höheren Preis als bisher zu zahlen. Diese Konsumenten seien daher genötigt, entweder ihren Konsum zu beschränken, oder, was dies vielfach geschehe, zu minderwertigen Surrogaten, die der Gesundheit sehr wenig zuträglich seien, zu greifen. In diesen Surrogaten gehöre auch die neuerdings in Zeitungen angelegte „Branntwein-Schärfe“. Mittelst derselben sei es möglich, 100 Liter Branntwein um 4 Mark 50 Pf. billiger als bisher herzustellen. Der Geschmack des Branntweins erleihe dadurch keine Einbuße, der Genuß desselben könne aber sehr leicht Magenentzündung bewirken. Diesen gesundheitsschädlichen Substanzen müsse mit größter Entschiedenheit entgegengetreten werden. Eine Hebung des Gewerbes sei am ehesten möglich, wenn die deutschen Groß-Destillateure sich bemühen, mit den französischen Fabriken zu konkurrieren. Von einigen Rednern wurde die Einführung einer Fabrikations-Steuer von Branntwein und Aqueuren befürwortet; von anderer Seite wurde jedoch bemerkt, daß dies eine Verschärfung der Steuerbefreiung wäre. Es wurde schließlich beschlossen: den Vorstand zu ersuchen, die gemachten Vorschläge behufs Hebung des Destillationsgewerbes in Erwägung zu ziehen. Ferner wurde mitgeteilt, daß auf der jüngst in Stettin aus Anlaß des deutschen Gastwirthstages stattgehabten Fachausstellung die sogenannte Jury die ausgestellten Gegenstände nicht geprüft, sondern auf Gerathewohl prämiert habe. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihre Enttäuschung über dies Gebahren aus und forderte die Kollegen auf, sich in Zukunft erst nach vorheriger genauer Erkundigung an Ausstellungen zu betheiligen.

Wie wir aus der „Wälzischen Presse“ erfahren, nimmt Herr Dr. Eiben, der bei dem Reichshofkanzlei in Neustadt den Vorsitz geführt, die Verlegung der deutschen Mutter-Sprache auf sich. Er will, laut öffentlicher Erklärung, der lateinischen Abfassung der von der genannten Versammlung angenommenen Beschlüsse die französische Uebersetzung beifügen haben, „weil in einer lebten Sprache, wie in der lateinischen, viele neue Ausdrücke nicht ganz genau wiedergegeben werden können, und weil er insbesondere den Sinn der Neustädter Resolution über die römische Frage durch eine zweite Uebersetzung klarer stellen wollte.“ Ob es wohl jemals vorgekommen ist, daß die Beschlüsse einer Volksversammlung lediglich in zwei Uebersetzungen an ihre Bestimmung abgeleitet wurden, gleich als schiene man sich der Mutter-Sprache! Die leere Redensart von der Nothwendigkeit, den Sinn der Beschlüsse durch eine zweite Uebersetzung klarzustellen, kennzeichnet sich dadurch, daß zur Auslegung eines nicht allem Zweifel entbehrenden Schriftsatzes doch der ursprüngliche Wortlaut unentbehrlich ist. Und der grabe fehlte. Dem Neustädter Vorstehenden stand es frei, die Beschlüsse nur deutsch, oder nur lateinisch, oder deutsch und lateinisch, oder allenfalls nur französisch — wenn er sich auf den Boden der Diplomatie stellen zu müssen glaubte — oder allenfalls deutsch, lateinisch und französisch mitzutheilen; nur mußte er aber gerade den einzigen Ausweg treffen, der zugleich gegen alles vaterländische Gefühl und gegen alle vernünftige Auslegung verstößt. Uebrigens würde die für die ultramontanen Führer bezeichnende Thatsache der Verlegung des Deutschen gar nicht zur Kenntniss der Öffentlichkeit gekommen sein — sie sollte es wahrheitsgemäß auch nicht — wenn nicht der Kardinal Rampolla in seinem Antwortschreiben sie beifällig und zufällig erwähnt hätte.

Kiel, 21. August. Nach neuerer Bestimmung wird die Manöverflotte bereits am 21. August in Wilhelmshafen angelassen. — Der Transportschiff „Geben“ traf hier ein.

Wilhelmshafen, 21. August. S. M. Panzer-Schiff „Zachse“ hat heute früh den Hafen verlassen.

Frankfurt a. M., 21. August. Seine königl. Hoheit Prinz Georg fuhr heute Morgen von hier ab und begab sich zunächst nach Baden-Baden.

München, 21. August. Um 10^{1/2} Uhr erfolgte die Abreise des Kaisers nach Schloß Chiemsee. Auf dem Bahnhofs waren der Prinz-Regent und sämtliche Prinzen anwesend, ferner die Minister, die obersten Beamten, die Generalität, der Regierungs-Präsident, der Polizei-Präsident und der Bürgermeister. Außerdem war eine Ehrenkompanie aufgestellt, welche der Kaiser unter den Klängen des perfekten Marsches abschied; gleichzeitig wurde Kanonendonner gegeben. Der Kaiser schickte zum Abschied dem Prinz-Regenten herzlich die Hand. — Im Laufe des Nachmittags erfolgt von Schloß Chiemsee die Weiterfahrt im königlichen Salongale nach Salzburg.

Stuttgart, 20. August. Auch Se. königl. Hoheit der Großherzog von Baden wurde vor dem „Hotel Paris“ mit begeisterten Hurrahs begrüßt. Um 8 Uhr 30 Minuten wird ein Kaiser-Wagen eingeommen. Die Menschenmassen

weichen nicht vom Palais; es ist unmöglich, vorwärts zu kommen oder der Menschenmenge zu entweichen. Auf der Esplanade sind alle Musikcorps vertreten.

Mech, 18. August. Eine in allen ihren Theilen erhebende Feier, die Einweihung des zum Andenken an die vor 19 Jahren gefallenen Angehörigen des Garde-Schützen-Bataillons errichteten Denkmals, fand heute unter großer Theilnahme auf der Höhe von Amandweil-Str. Privat statt. Unter den zahlreichen Ehrengästen, welche der gegen 11 Uhr in Amandweil anlangende Zug von Mech herbrachte, bemerkte man neben vielen ehemaligen Kampfgenossen den Gouverneur von Mech, den Bezirkspräsidenten, Kreisdirektor und Bürgermeister von Mech, ferner den Generalleutnant v. Gelsen, Kommandanten von Koblenz, eine Abordnung des Garde-Schützen-Bataillons, bestehend aus Hauptmann v. Besser, Leutnant v. Lewinski, einem Feldwebel und zwei Sergeanten; auch zahlreiche preussische, bayerische und sächsische Offiziere der Mecker Garnison sowie eine Anzahl hiesiger Vereine, darunter der Krieger-, Kampfgenoßen-, Gewerbe- und Fortbildungs- und der Schützen-Verein, sämmtlich mit Fahnen, hatten sich eingefunden. Unmittelbar nach Antritt des Zuges begab man sich durch das festlich geschmückte Dorf Amandweil nach dem etwa 100 Meter von der Grenze gelegenen verfallenen Denkmal, das sich auf dem Gelände erhebt, wo das Garde-Schützen-Bataillon vor 19 Jahren sich in hervorragender Weise am Kampfe betheiligt und dabei entsetzliche Verluste erlitt. Durch die Rede des katholischen Militärgeistlichen über den Text: „Unsere Hülfe ist im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat“, wurde die Feier in würdiger Weise eröffnet. Hierauf gab der Präsident des Mecker Kriegervereins einen kurzen Abriss über die Entstehung des Denkmals, zu welchem frühere und jetzige Garde-Schützen beigetragen haben. Daran schloß sich eine Ansprache des Gouverneurs von Mech, welche einen großartigen Eindruck auf die Festversammlung machte und mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser endigte. Während so dann die Musikkapelle des zwölften sächsischen Infanterie-Regiments die Volkshymne spielte, fiel die Verhüllung des Denkmals. Dieses besteht aus einem vierseitigen Sockel, der eine Säule mit fliegendem Adler trägt. Wie die in schwarzem Marmor in goldener Schrift aufgestellte Widmung angiebt, fanden am 18. August 1870 nicht weniger als 11 Offiziere, 15 Unteroffiziere und 144 Gefreite und Schützen den Heldentod, während 9 Offiziere, 19 Unteroffiziere und 250 Gefreite und Schützen verwundet wurden. Den Schluss der Feier bildete die Weihe des protestantischen Militärgeistlichen. Nachdem noch im Namen der Stadt Mech, der Garde-Vereine, des Krieger- und des Kampfgenoßen-Vereins von Mech u. a. prächtige Kränze an den Sockel des Denkmals niedergelegt worden waren, begab sich gegen 1 Uhr die Theilnehmer an der Feierlichkeit in erster Entschleunung zum Bahnhof zurück, um nach eingenommenem Frühstück nach 4 Uhr die Rückfahrt nach Mech anzutreten. Abends fand ein Festessen im „Europäischen Hof“ und gefellige Vereinigung statt. Für morgen sind größere Ausflüge auf die umliegenden Landschaften, sowie ein Abschiedessen in Aussicht genommen.

Frankreich.

Paris, 20. August. Das Interesse, welches den französischen Bestrebungen des Kardinals Lavergne in allen Kulturstaaten entgegengebracht wurde, erhielt bereits einen Stoß, als Lavergne den nach London einberufenen internationalen Kongress ablegte unter dem Vorwande, daß viele französische Delegierte durch die Vorbereitungen zu den Generalratswahlen am Kommen verhindert seien. Diese Verhinderung machte ganz den Eindruck, als ob es Herrn Lavergne erst in zweiter Linie um die Schwenkfrage, in erster aber um die Unterzeichnung und Stärkung französischer Einflüsse in Afrika zu thun sei, welche Annahme durch eine Unterredung, die der Kardinal mit einem Redakteur des „Figaro“ hatte, vollst. bestätigt wird. Der wahre Grund der Aufhebung des Kongresses, sagte der Kardinal, habe darin bestanden, daß die Deutschen, Engländer und Belgier in unverhältnismäßig großer Zahl auf dem Kongress vertreten gewesen wären, während ihn von Frankreich nur vier Herren beigegeben haben würden. Unter solchen Umständen sei ein Kongress unmöglich gewesen, da Frankreich, das so große Interessen in Afrika habe, durch die Stimmeneinheit der anderen Nationen erdrückt worden wäre. Weiter fuhr Lavergne, daß die Kirche als solche mit der Unternehmung nichts zu thun haben solle, sondern daß es sich nur um eine Sache der Menschlichkeit handle. Alle Freunde der Menschlichkeit könnten sich in ihr vereinigen, aber die Schwierigkeiten würden von den Regierungen kommen, die in Afrika verschiedene Interessen hätten. Dann kennzeichnet er die Stellung der verschiedenen Völker in folgender Weise: „Die größte Hingebung zeigt Frankreich. Auch Deutschland, England, Italien versprechen Hülfe und werden sie auch leisten, aber engbergig, kaummännig und selbstständig. Allein in Frankreich habe ich einen begeisterten Anlauf und vielleicht umfasse, aber rückhaltlos Selbstlosigkeit gefunden.“ Von Lavergne sprach der Kardinal, daß jener ihm unablässig verleihe und habe, weil er Franzose sei. In Mailand habe er in einer Rede zu Gunsten der Sklavenbefreiung auf die gemeinsamen Kämpfe der Franzosen und Italiener hingewiesen und gesagt, daß durch das gemeinsame vergossene Blut ein heiliger Vertrag geschlossen sei; dieser Vertrag sei unverletzt, und es wäre eine Gemeinheit, eine Gotteslästerung, ihn zu verletzen zu wollen.“ Daß diese Äußerung beinahe wie eine Gotteslästerung aussieht, scheint dem Kardinal eingangen zu sein; auch scheint er kein Gefühl dafür zu haben, daß sein „rein menschlich-freundliches“ Werk mit den politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien doch wahrlich nichts gemein hat oder doch nichts gemein haben sollte. „Christi hat mir nie vergeben, daß ich so indirekt, seinem Plane, Frankreich zu betrogen, entgegengehandelt habe. Er verpönte mich. Er klagt mich an, italienisches Geld zu nehmen. Ah, italienisches Geld! Ich selbst habe ihnen Geld gegeben zur Colerzeit in Neapel und bei dem Unglück in Aschia. Man möge mir doch einen einzigen Italiener nennen, der mir Geld gegeben hätte! Nicht einen Feind habe ich in ganz Italien bekommen.“ Aus allem die-

sem tritt eine so bedenkliche Vermischung der Politik mit der Sklavenfrage hervor, daß die deutschen, österreichischen und italienischen Vertreter der Sache der Sklavenbefreiung sich wohl werden die Frage vorlegen müssen, ob sie bei dem demnächst einzuberufenden Kongresse nützlichweise überhaupt werden erscheinen können, und ob es nicht besser ist, Herrn Lavergne mit den Franzosen allein zu lassen. Ueber die Frage dürfte man ziemlich einerlei Meinung sein, ob die nicht-französischen Völker Anlaß haben, ihr Geld einem Manne zur Verfügung zu stellen, der allein Ansehen nach, ja, eingetandenermaßen dieses Geld zur französischen Propaganda benutzen will. Dem französischen Missionar konnte man Vertrauen entgegenbringen, bei dem französischen Politiker erwacht die Gefahr, daß das Geld in anderem Sinne verwandt werden könnte, als es von einem Theile der Geber beabsichtigt wird.

Morgen wird die Session der Generalräthe eröffnet.

Großbritannien und Irland.

London, 20. August. General Lord Wolseley hat nach der „Admiralty and Horse Guards Gazette“ einen längeren Vortrag in Oxford über die Wehrmacht Englands gehalten, dem wir nachfolgend entnehmen. Lord Wolseley sagte nach einigen einleitenden Bemerkungen ungefähr Folgendes: Die reguläre Armee Englands sei zur Zeit etwa 210,000 Mann stark, wozu eine Reserve erster Klasse von 52,000 Mann hinzutrete. Die Hälfte des stehenden Heeres sei in Indien und den übrigen Besatzungen stationiert. Die Miliz zähle in diesem Jahre nur 118,000 Mann, die Yeomanry habe im vergangenen Jahre nur 11,000 Mann ausgebildet, mithin seien beide Theile weit unter der Sollstärke. Die Volunteers seien jetzt 226,000 Mann stark und es sei hinsichtlich derselben nicht nur eine feste Veranschlagung ihrer militärischen Leistungen, sondern auch ein festes Maß der Zahl zu verzeichnen. In runder Summe betrügen die Streitkräfte der englischen Krone insgesamt ungefähr 617,000 Mann. Dem Fremden komme die zusammengefaßte englische Armee mit ihren vier großen Abtheilungen — reguläre, Yeomanry, Miliz und Volunteers — komisch vor, aber die Lage Englands mache eine große reguläre Armee unumgänglich, so lange bis irgend ein verrückter Premierminister die Anlage eines Zunnels unter dem Kanal geplatzt. Er halte es jedoch für bedauerlich für die Armee, daß dieselbe nicht aus Reuten zusammengeleitet sei, wie solche für die Polizei angeworben würden, es sei nur eine Gehirne, solche Leute zu erhalten, und es würde eine solche Aufgabe kaum die Kosten der Armee erhöhen, weil der Unterhalt der Soldaten weniger erfordert würde, weniger Schwelgerei mit runder Besatzung von fernem überseeischen Stationen nach Hause geschickt und weniger Pensionen an Invaliden gezahlt zu werden bräuchten, außerdem würde es für einen Soldaten die größte Strafe sein, aus einer solchen Armee ausgehoben zu werden.

Griechenland.

Die neuesten Situationsberichte aus Aetia lauten verhältnismäßig günstig und berechtigen zu der Hoffnung, daß es den Anstrengungen des General-Gouverneurs Schafis Pascha in nicht allzuferner Zeit gelingen werde, mit den Schwierigkeiten völlig aufzuräumen, welche eine zeitliche ernsthafte Vorgehensweise zu rechtfertigen scheinen. Nach ist Schafis Pascha's Aufgabe freilich erst zum kleineren Theile gelöst; namentlich geben in den gemachten Bevölkerungsberichten die Bogen der Erregung noch bedenklich hoch, allein es ist doch unverkennbar ein Stillstand in der Entwicklung der Kriege eingetreten und der Rückbildungsprozess nimmt seinen Anfang. An dieser Wendung der Dinge hat die Verhängung des Belagerungszustandes einen erheblichen Antheil. Derselbe wird mit Festigkeit und Umsicht gehandhabt. Zahlreiche Missethäter, welche sich Gewaltthatigkeiten zu Schulden kommen ließen, sind entwaffnet und zur Verantwortung gezogen worden. Nach den auf der Pforte eingegangenen amtlichen Berichten hat die Proklamierung des Standrechts in Aetia zur Folge gehabt, daß in den Städten der Insel Ruhe und Ordnung wiederkehrte und die Unruhmissethäter das Feld ihrer Thätigkeit mehr von der Küste weg in das Innere verlegt haben. Unter dem 15. d. Mts. ist gemeldet worden, daß die Plünderung und Einäscherung christlicher Ortschaften beinahe ganz und gar angehöret hat, und die muslimänischen Gewaltthäter sich fast allein auf das Ausrauben der Weinberge und den Verkauf der Beeren verlegen. Die Verbindungen der Räuberplünderer mit dem Innern waren noch sehr mangelhaft, zum großen Theile sogar völlig unterbrochen, doch soll Schafis Pascha den alsbaldigen Vorrück der Truppen landeinwärts beschlossen haben, in der Absicht, die von den Aufständischen verjagten Beförden unter dem Schutze seiner Bannionette auf den Schauplatz ihres amtlichen Wirkens zurückzuführen. Der General-Gouverneur bezeichnet die Mitter-Nachricht, wonach die Türken mit Ermordung der Christen fortführen, als irrig, da im Gegentheil viel mehr Gewaltthaten von den Christen an den Türken verübt würden. Letztlich fand übrigens in Kandia eine zahlreiche besetzte Volksversammlung statt, welcher verschiedene Ullamas und weltliche Beamte bewohnten. Dieselben hielten Ansprachen, ermahnten zur Schonung des Lebens und Eigenthums der christlichen Bürger, und tadelten in scharfen Ausdrücken die von muslimänischer Seite vorgenommenen Verwüstungen und Plünderungen.

Was auch bei diesen, wesentlich aus ottomanischen Quellen fließenden Schilderungen ein gut Theil Optimismus mit unterlaufen, so kann gleichwohl nicht geleugnet werden, daß einer Verschärfung der kretischen Krise nicht nur die speziellen Maßnahmen der türkischen Regierungsfürsorge, sondern vornehmlich auch der Charakter der internationalen Gesamtpolitik nachhaltig im Wege steht. Letztere bleibt konsequent auf Verhütung, aber wo das nicht geht, doch auf thätigste Einschüchterung aller Störungen des orientalischen status quo gerichtet und betätigt ihre Aktion auch in Ansehung der kretischen Krise dadurch, daß sie derselben alle Zufüsse abschneidet, aus denen sie neue Kraft und Lebensfähigkeit schöpfen könnte.

Serbien.

Belgrad, 20. August. Die schöne Erbkönigin Natalie von Serbien zählt, so schreibt

man der „Pst. Ztg.“ unzweifelhaft zu den wichtigsten Faktoren des Umsturzes, welche auf der Balkanhalbinsel thätig sind, und noch vor Kurzem hätte jeder Friedensfreund die Rückkehr der hochstehenden Dame nach Belgrad mit ernstlichen Bedenken betrachtet. Inzwischen hat sich allerdings in den serbischen Verhältnissen manches verändertes. Nicht als wenn die jähne, erbitterte Königin, welche die letzten Ziele, denen sie dient, schwerlich durchschaut, nicht mehr willens wäre, sich zu politischen Strebungen verwerflicher Art mißbrauchen zu lassen. Aber die Stellung der herrschenden serbischen Parteien zum König Milan und zur Königin ist eine andere geworden. Es ist merkwürdig, wie sich die Stimmung der Radikalen innerhalb und außerhalb der Regierung dem Erbkönig gegenüber zum Besseren gewandt hat. Daß die Königin, deren Briefe angefüllt sind mit eiteln, vergnügungssüchtigen Nichtigkeiten, nicht dauernd heimlehen, jedenfalls aber keine politische Rolle spielen, keinen Hof halten solle, darüber sind alle radikalen Politiker einig. Die parlamentarischen Radikalen sehen sich der Aussicht gegenüber, daß ein lustiger, glänzender und vor allem sehr kostspieliger Hof gehalten würde, in dessen Zauberkreise die noch nicht vorhandene Partei der Königin erst angeworben werden könnte. Mit nicht geringem Argwohn denken die Radikalen an die verführerischen Lockungen eines derartigen Hoflebens, dem mancher radikale Minister vielleicht eine geringere Widerstandskraft entgegensetzen würde. Kurz, man erwartet von dem dauernden Aufenthalt der Königin in Belgrad, daß sie, durch Freiheit und Verwirrung, und so ist man dahin gekommen, in dem früher so arg verdächtigten Milan, der alle guten und schlechten Eigenschaften des Serbenthums in sich verkörpert, einen um so werthvolleren Bundesgenossen zu erblicken, als der Rücktritt des einen Mannes, über den man sich ärgert, den man verläßt, und verpönte konnte und zu dem man doch mit einer gewissen unwillkürlichen Sympathie empfindet, in Belgrad thätig eine langweilige Leere erzeugt hat.

Der Nicaragua-Kanal.

Die kleine in Nicaragua gelegene Stadt Greytown oder San Juan del Norte nimmt seit einiger Zeit hinsichtlich ihrer Bevölkerung und Größe einen neuen Aufschwung, da sie dazu ansetzt, die Hafenstadt an der Ostküste von Mittelamerika, wo der Nicaragua-Kanal seinen Anfang nehmen soll, zu bilden. Das traurige Ende des Panamakanals hat der interozeanische Kanalgesellschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika gute Lehren gegeben. Man ist bemüht, alle die Vertheilungen, in welche Ferdinand von Lesseps beim Bau des Panamakanals verfiel, zu vermeiden. Man wird mehr auf die Gesundheit, die Ernährung und die ganze Lebensweise der Arbeiter Rücksicht nehmen, als dies früher geschah. Krankheit, Verderblichkeit, Hunger und ungeduldetes Lebensweise herrschten bei dem Kanalbau unter der französischen Leitung; dagegen werden die amerikanischen Ingenieure und deren Gehilfen darauf sehen, daß hinlänglich gute Lebensmittel, ordentliches Betragen, Gesundheit und Thätigkeit bei den Arbeitern nicht fehlen.

Die am Panamakanal beschäftigten Arbeiter erhielten gewiß keinen geringen Lohn, sie mußten aber für ihren Unterhalt in jeder Hinsicht selbst sorgen; dies thaten sie indessen durchschnittlich nur in sehr nachlässiger Weise. Statt kräftiger Speisen genossen sie meistens starke Getränke und oft im Uebermaße. Die Folge davon war: wenig Arbeit, viel Krankheit und eine große Sterblichkeit. Die amerikanische Gesellschaft bezahlte dagegen eben so hohe, wenn nicht höhere Löhne, als die französische es that; außerdem besorgte sie für alle ihre Arbeiter, auch für die aus Jamaika und farbige, hinderebende, kräftige und gesunde Nahrungsmittel, welche direkt aus New York bezogen und auf den besten Märkten gekauft sind. Diese Nahrungsmittel bestehen u. a. aus Schiffszwieback, Reis, Kaffee, Schinken, frischem Fleisch und Gemüse. Die sämtlichen Markteender bei den Kanalbauten, von der atlantischen Meeresküste bis zum Stillen Meere, stehen unter strenger, sorgfältiger Aufsicht und der Preis für die Nahrungsmittel ist nicht höher als der Einkaufspreis. Auf dieselbe Weise kommen die Arbeiter an dem Kanal, wenn sie anders wollen, Schokolade, Cigarren, Schokolade, Tabak und Zigarren, sowie ähnliche Dinge zu dem New Yorker Marktpreise erhalten. Die Absicht der Gesellschaft geht dahin, die Sittlichkeit der Arbeiter zu wahren und dafür zu sorgen, daß Letztere bei der Auszahlung ihres Monatslohnes sich etwas Geld erspart haben können. Bis jetzt sind diese Einrichtungen durchschnittlich von gutem Erfolg begleitet gewesen.

Auch in einer anderen Beziehung unterscheidet sich, wie bereits angedeutet, der amerikanische Kanalbau von dem der Franzosen bei Panama. Abgesehen von der Sorge für gesunde Lebensmittel und was damit zusammenhängt, werden bewegliche Häuser oder Wohnungen von New York aus nach Greytown geschickt, so daß die Ingenieure, die Handwerker und selbst die gewöhnlichen Arbeiter daselbst gesunde und möglichst bequeme Wohnungen erhalten. Man wird sogar für Billard, Kegel- und Bibliothekszimmer sorgen. Die höheren Beamten sollen ihre besonderen Wohnräume haben, während der Oberingenieur Menocal ein niedliches und möglichst bequemes Kanthauschen von Holz erhält. Da gutes Trinkwasser vielfach fehlt, so wird auch in dieser Hinsicht das Nützliche nicht unberücksichtigt bleiben. Für die nötige Verbindung mit New York, San Francisco und Brito sollen drei amerikanische Dampfer angeschafft werden, selbst Südamerika will man nicht ganz unberücksichtigt lassen. Man will den Kanalbau zu gleicher Zeit dem atlantischen Ozean und dem Stillen Meere ausserordern. Neben seiner großen Bedeutung für den Handel wird der Kanal auch für die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten von großem Werthe sein. Zur Kohlenaufnahme, zu Reparaturen u. s. w. wird dieselbe in dem Nicaraguaee einen sehr bequemen Aufenthaltsort finden; namentlich aber bietet der Kanal den amerikanischen Kriegsschiffen in beiden Ozeanen die Möglichkeit, sich im Kriegsfalle schnell und sicher zu vereinigen. Die Herstellung des neuen Wasserweges nebst Telegraphenlinien, Eisenbahnen und Befestigungen wird ungefähr fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Stettiner Nachrichten.

— Stettin, 22. August. Das Programm der diesjährigen Stettiner Festwoche, welche vom 8. bis 10. Oktober im Konzerthause abgehalten wird, ist wiederum sehr reichhaltig. Wir geben dasselbe im Auszug wieder:

Dienstag, den 8. Oktober. Vermittags 9 Uhr, Großmorgensgottesdienst: Pastor Wedekind. Um 11 Uhr: Kirchliche Konferenz. Vorlesung des Prof. D. Rübemann. Referent: Prof. D. von Nathusius: „Gerechtigkeits- und das Verbot des Erbigen in der Gemeinde.“ Nachm. 4 Uhr: Konferenz der Agenten der inneren Mission. Um 5 Uhr: Generalversammlung der Hilfsvereine für Berlin: Stettiner Stadtmission. Vorf. Excell. Graf von Kanitz-Schmurgew. Abends 7^{1/2} Uhr: Volksversammlung für innere Mission im Saale der Grünhof-Brauerei. Redner: Hofprediger E. A. A.

Mittwoch, den 9. Oktober: Zwölftes Jahresfest des Provinzialvereins für innere Mission. Vorlesender: Excell. Graf von Kanitz. Vorm. 10^{1/2} Uhr: Pastor Weber-M. Glöckner: „Die Aufgaben, welche die Arbeiterbewegung in ihrem gegenwärtigen Stadium der Kirche stellt.“ (Redner ist in der jüngsten Zeit mehrfach bekannt geworden durch sein verdienstliches Auftreten in den eong. Arbeitervereinen und in der letzten Arbeiterbewegung.) Nachm. 4 Uhr: Helferkonferenz der pomm. Missions-Konferenz. Um 5^{1/2} Uhr: Konferenz von Vertretern der pomm. Hilfsvereine für die Berliner Missions-Gesellschaft. Vorgespräch über Begründung eines Provinzialverbandes, geleitet von Dr. Wange mann. Um 7^{1/2} Uhr: Deffentliche Versammlung für Heidenmission. Ansprachen verschiedener Missionare und Missionarinnen.

Donnerstag, den 10. Oktober: Vierte Jahresversammlung der pomm. Missions-Konferenz. Vorf.: Konf.-Rath D. Krummacker. Um 9 Uhr Morgenandacht: Sup. R. Hoffmann-Franzenberg. Um 9^{1/2} Uhr: Missionar a. D. Dr. Wittner: „Christenthum und Islam.“ (Referent ist bekanntlich längere Zeit Direktor der ostafrikanischen Missions-Gesellschaft gewesen und einer der bedeutendsten Reimer dieses Missions-Gebietes.) Um 12^{1/2} Uhr: Pastor Pfeffer-Jüßow: Die Mission im Saale der Predigt. Um 2 Uhr: Superintendent Petrich-Garz: Jahresbericht.

Wie schon erwähnt, finden sämtliche Versammlungen, mit Ausnahme der Volksversammlung, am Dienstag Abend im Konzerthause statt.

Mit keinem Paragraphen der Gewerbeordnung haben sich die Gerichte so oft zu beschäftigen, als mit § 147 Nr. 3, welcher bestimmt: „Wer ohne hierzu approbirt zu sein, sich als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt, Thierarzt) bezeichnen oder sich einen ähnlichen Titel beilegt, durch den der Glaube erweckt wird, der Inhaber desselben sei eine geprüfte Medizinalperson, wird mit Gefängnis bis zu 300 M. und im Unermögensfalle mit Haft bestraft.“ Dieser Tage hatte sich das Ober-Verwaltungsgericht wieder mit einem solchen Falle zu beschäftigen und ist das von diesem Gericht gefällte Erkenntnis nicht ohne Interesse. Ein Zahnarzt R. hatte an seinem Hutmie ein Schild angebracht mit der Bezeichnung: „In Amerika approbirt Zahnarzt und Homöopath (nicht hier) im Auslande approbirt.“ Die Polizeibehörde verbot ihm aber, sich die gewählten Bezeichnungen beizulegen. Mit der gegen dieses Verbot erhobenen Klage wurde R. vom Bezirksauschuss in Berlin zurückgewiesen. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte aber dahin, daß der angegriffene Befehl außer Kraft zu setzen. Der Gerichtshof konnte die der Strafbestimmung des § 147 Nr. 3 in einem Erkenntnis der Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin vom 16. November 1885 gegebene Auslegung, daß jeder strafbar sei, wer sich in Deutschland als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt, Thierarzt), ohne hierzu in Deutschland approbirt zu sein, bezeichne, ohne Rücksicht darauf, ob durch die Bezeichnung (Titel) beigefügten Zusätze die Erweckung des Glaubens, der Inhaber sei eine in Deutschland geprüfte Medizinalperson, ausgeschlossen erscheint, nicht für richtig erachtet, ist vielmehr der in dem Erkenntnis des Obertribunals vom 15. Juli 1878 vertretenen Auffassung beigetreten, daß die Bezeichnung als Arzt (Zahnarzt) in dem Fall einen strafbaren Charakter nicht an sich trägt, wenn die einen solchen Bezeichnung beigefügten Zusätze den Glauben nicht aufkommen lassen können, der Inhaber sei eine in Deutschland geprüfte Medizinalperson. Der Zweck der Strafbestimmung im § 147 Nr. 3 der Gewerbeordnung geht dahin, zu verhindern, daß jemand, der im Inlande die vorgeschriebene Approbation als Arzt u. dgl. nicht erlangt hat, durch Beilegung dieser oder einer ähnlichen Bezeichnung beim Publikum den Glauben erwecke, als habe er jene Approbation erworben, und letzteres auf diese Weise täusche. Wird aber der Bezeichnung als Arzt u. dgl. ein Zusatz hinzugefügt, welcher jenen Glauben nicht aufkommen läßt, so verliert dieselbe hierdurch den strafbaren Charakter. Auch in dem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straf-Senat, vom 6. November 1880 ist angenommen, daß eine Bestrafung derjenigen, welche sich unzulässigweise einer ausländischen Approbation bedienen, nicht in dem Bereiche des § 147 Nr. 3 cit. liegt. Die in den Aufschritten der hier in Frage stehenden Schilder gewählten Bezeichnungen erscheinen nicht geeignet, im Publikum auch in dem milder gebildeten Theile desselben, den Glauben zu erwecken, der Kläger sei eine in Deutschland geprüfte Medizinalperson, vielmehr wird durch die Bezeichnungen Zahnarzt und Homöopath beigefügten Zusätze in einer für jedermann, auch für den weniger gebildeten Theil des Publikums, deutlich erkennbaren Weise zum Ausdruck gebracht, daß der Kläger keineswegs in Deutschland, vielmehr nur in Amerika, im Auslande, als Arzt (Zahnarzt) approbirt sei. Rann hiernach in den Aufschritten der Schilder nicht eine im § 147 Nr. 3 der Gewerbeordnung verbundene Bezeichnung des Klägers als einer in Deutschland geprüften Medizinalperson gefunden werden, so war auch die Polizeibehörde nicht befugt, die gewählte Bezeichnung zu unterlagen. Das Maß der Anforderungen der öffentlichen Ordnung auf dem hier in Frage stehenden Gebiete der gewerblichen Ausübung der Heilkunde

| | | |
|-----------|---------------------|----------|
| per Stück | Engl. Baufloten | 20,475 6 |
| | Franz. Baufloten | 81,50 3 |
| | Deutscher Baufloten | 171,50 5 |
| | Stück. Ruten | 212,55 6 |

